

Räume und Infrastruktur

1) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie der Arbeitsraumnot von Berliner Künstler*innen entgegenwirken und eine bezahlbare räumliche Infrastruktur der Freien Szene nachhaltig und krisensicher stärken?

Berlin ist weltweit einer der bedeutendsten Produktionsstandorte für Kunst und hat durch seine künstlerischen Produktionen ein einzigartiges kulturelles und wirtschaftliches Potenzial entwickelt. Gerade unter den Bedingungen der wachsenden Stadt braucht Berlin ausreichend Ateliers, Produktions- und Präsentationsorte für die hier lebenden bildenden Künstler:innen. **Unser Ziel bleibt es, Künstler:innen in Berlin auch bei anhaltenden Mietsteigerungen und Verdrängungsprozessen eine Grundversorgung mit bezahlbaren Ateliers zu gewährleisten.** Die kontinuierlichen Bemühungen, dem Ateliernotstand in Berlin entgegenzuwirken, erzielten Fortschritte – daran muss aber auch in der kommenden Legislatur weiter gearbeitet werden. Senat und Abgeordnetenhaus haben die Kulturverwaltung 2017 beauftragt, das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel von insgesamt 2.000 Räume bis 2021 zu sichern, davon min. 50% in Landesliegenschaften. Hierzu wurde das **Arbeitsraumprogramm (ARP)** in den letzten Jahren ausgeweitet und finanziell deutlich verstärkt. Es zeichnete sich jedoch ab, dass das Ziel nicht erreicht werden kann. Dementsprechend hat die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus regelmäßige Befassungen mit dem Programm in den Parlamentsgremien aufgenommen und wird die Umsetzung weiterhin parlamentarisch begleiten.

2) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie der Verdrängung von Berliner Künstler*innen aus dem Innenstadtbereich dauerhaft entgegenwirken?

Viele Berliner Künstler:innen haben Angst, ihr Zuhause zu verlieren und aus ihrem Kiez verdrängt zu werden. Es ist daher unser Fürsorgeauftrag als Berliner SPD, ein bezahlbares und ausreichendes Wohnungsangebot für alle zu schaffen und zu bewahren. Deshalb ist eines der 5 B's für Berlin mit denen wir in den Wahlkampf ziehen „Bauen“. Gemeinsam mit genossenschaftlichem und privatwirtschaftlichem Wohnungsbau wollen wir **bis 2030 insgesamt 200.000 neue Wohnungen** in Berlin schaffen. Zudem werden die Wohnungsunternehmen Bestandswohnungen ankaufen. Mindestens 400.000 Wohnungen sollen schon im Jahr 2026 in öffentlicher Hand sein. Unser Ziel sind 500.000 landeseigene Wohnungen in den 2030er-Jahren. Darüber hinaus haben wir 2014 die **Wohnungsbauförderung** wieder eingeführt und seitdem ständig erhöht, ab 2021 werden 5.000 Wohnungen jährlich gefördert. Wir wollen die Förderung weiter verbessern. Zugleich fordern wir den Bundesgesetzgeber auf, eine zeitlich **unbegrenzte Bindung von Sozialwohnungen** zu ermöglichen. Wohnungen, deren Bau öffentlich gefördert wurde, müssen als sozialer Wohnraum erhalten bleiben. Bis zu einer Reform der Sozialbindung durch die Bundesebene wollen wir analog zu den Plänen der Bundes-SPD ein **Landesprogramm für eine neue Wohngemeinnützigkeit einführen**, um durch die Vergabe von Grundstücken im Erbbaurecht und verbesserte Förderbedingungen Kapital für einkommensabhängige Mieten und dauerhafte Sozialbindung bei nachhaltiger Reinvestition zu mobilisieren.

Bei allen Bemühungen um zügige Wohnraumbeschaffung wird die Berliner SPD die Wohnraumerhaltung nicht aus den Augen verlieren. Wir werden dafür sorgen, dass die bereits hier lebenden Berliner:innen nicht aus ihren Mietwohnungen verdrängt werden und sind weiterhin entschlossen, alle Instrumente eines wirksamen **Mieter:innenschutz** zu prüfen. So haben wir uns in der Koalition erfolgreich dafür eingesetzt, die Mieten in den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften für die nächsten Jahren zu begrenzen. Wir setzen uns zudem für die **Ausweisung weiterer Milieuschutzgebiete** in Berlin ein. Auf Bundesebene setzen wir uns weiter dafür ein, Mieter:innen mit bestehenden Mietverträgen dauerhaft vor Eigenbedarfskündigungen durch die Erwerber:innen zu schützen. Den verschärften Umwandlungsschutz, den die SPD im Bund erkämpft hat, werden wir in Berlin konsequent umsetzen. Das

gilt auch für sehr aufwändige Modernisierungen. Bei Immobilienverkäufen schließen die Bezirke mit den Käufern Vereinbarungen zum Mieterschutz ab. Bisher wurden über 150 dieser Vereinbarungen geschlossen, zudem etwa 75 Grundstücke angekauft. Die SPD will diese Politik noch effizienter fortsetzen und sich auf Bundesebene für ein **grundsätzliches Umwandlungsverbot von Miets- in Eigentumswohnung** in angespannten Lagen einsetzen. Weiterhin kämpft die SPD im Bund für ein zeitlich befristetes **Mietenmoratorium**: Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden. Mietwucher werden wir wirksam unterbinden. Wir werden außerdem die Mietpreisbremse entfristen und Schlupflöcher schließen.

3) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie bei der Entwicklung neuer Quartiere auch Raumangebote für künstlerisches Arbeiten schaffen? Inwiefern sollen hierbei auch private Bauherr*innen in die Pflicht genommen werden?

Die Berliner SPD hat Baupolitik in den Vordergrund ihres Wahlkampfes gestellt und wird die **Neubaupolitik des Landes zur Chefsache** machen. Dabei werden wir dafür sorgen, dass Kunst- und Kulturräume in die Planung aller großen Neubauprojekte in Berlin, einschließlich öffentlicher Baumaßnahmen, einbezogen werden. Dazu wollen wir in Kooperation mit städtischen Unternehmen, Genossenschaften und privaten Eigentümer:innen zusätzliche Ateliers schaffen und vertraglich absichern. Das vom Senat neu gegründete **Bündnis „Kultur Räume Berlin“** bietet hierfür einen sachdienlichen Rahmen, den wir weiter fördern und ausbauen wollen. Auch bei der Schaffung **landeseigener Kunst- und Kulturräume** haben wir wesentliche Fortschritte erzielt. So konnten wir durch gezielte Ankäufe, wie zum Beispiel das Kultur- und Veranstaltungszentrum Radialsystem V, in den letzten Jahren wichtige Kulturinfrastruktur in Landeshand sichern. Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass landeseigene Grundstücke weiterhin nur in Ausnahmefällen an Private veräußert werden. Ausnahmen sollen nur für Erbbaurechtsverträge nach Durchführung eines Konzeptverfahrens gelten. Diese **gemeinwohlorientierte Vergabepolitik** wird insbesondere Kunst- und Kulturschaffende bei der Selbstbeschaffung bezahlbarer Ateliers bestärken.

4) Setzen Sie sich für spartenübergreifende Produktions- und Präsentationsräume ein, die temporäre, gemeinschaftliche und kostenlose Nutzungen anbieten und in denen dialogischer Austausch und Vernetzung möglich ist?

Ja. Dafür eignen sich insbesondere die landeseigenen Produktions- und Präsentationsräume. So haben wir in dieser Legislaturperiode bei der Beschaffung ähnlicher Kunst- und Kulturräume wesentliche Fortschritte erzielt. Wir konnten durch gezielte Ankäufe, wie zum Beispiel das Kultur- und Veranstaltungszentrum **Radialsystem V**, in den letzten Jahren wichtige Kulturinfrastruktur in Landeshand sichern.

5) Wie sichern Sie die in der Charta festgelegte langfristige Nutzung der gesamten Alten Münze als einen Ort der freien Kunst- und Kulturszene Berlins?

Die SPD setzt sich für die Erstellung eines langfristigen und nachhaltigen **Stadtentwicklungsplans Kultur** ein, der einen Rahmen für die Umsetzung kultureller Aspekte in die Stadtplanung schafft und konkrete Projekte und Orte für Kultur und Kreativität benennt und bei der Entwicklung von Stadtquartieren mitdenkt. Dazu gehören die **Alte Münze** aber auch der Molkenmarkt, das RAW Gelände, der Holzmarkt, das Dragoner Areal, die Ufer Hallen, die Urania und andere in Transformationsprozessen befindliche Leuchttürme und Kulturquartiere jenseits der institutionell geförderten Kultur. Die Entwicklung dieser Kulturorte soll unter Beteiligung unter anderem der freien Szene vorangebracht werden.

6) Setzen Sie sich dafür ein, dass mindestens 50 % des Tempelhofer Flughafens zukünftig für Kunst und Kultur nutzbar gemacht werden? Wieviel Prozent würden Sie für künstlerische Nutzungen vorsehen und welche Vision hierfür können Sie skizzieren?

Das Tempelhofer Feld wird auf Grundlage des Gesetzes zum Erhalt des Tempelhofer Feldes und des vom Senat im Juni 2016 beschlossenen Entwicklungs- und Pflegeplans weiter partizipativ mit allen Teilen der Stadtgesellschaft entwickelt. Mit der „**Vision 2030+**“ besteht bereits ein Rahmen für die Nutzung des Flughafengebäudes, das in den kommenden Jahren zu Berlins zentralem Ort für Kunst, Kultur, Büro- und Kreativnutzungen werden soll. Die Berliner SPD wird in den kommenden Jahrzehnten daran arbeiten, das Flughafengelände Tempelhof zu einem neuen Stadtquartier für die Kunst-, Kultur- und Kreativwirtschaft zu entwickeln und dafür ausreichend Nutzungsfläche zu sichern.

7) Mit welchen Maßnahmen setzen Sie sich dafür ein, dass Orte und Räume der Kunst klimaneutral und barrierefrei werden?

Auch in der Kultur-, Kunst- und Veranstaltungsbranche richten wir unsere Politik an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDG) und der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie aus. Die Berliner SPD steht der Anregung zur Subventionierung einer nachhaltigen Veranstaltungstechnik grundsätzlich positiv gegenüber und wird sie bei der weiteren kulturpolitischen Gestaltung berücksichtigen. Denn für uns ist klar: gerade die öffentliche Hand muss Verantwortung übernehmen – das gilt auch für die kulturelle Produktion.

8) Wie wollen Sie sich in Berlin und im Bundesrat für einen besseren Gewerbemiet*innenschutz und Regelung zur Begrenzung von Gewerbemieten einsetzen?

Die steigenden Gewerbemieten in Berlin und der lückenhafte Rechtsschutz durch das Gewerbemietgesetz des Bundes stellen eine weitere Herausforderung für Berliner Atelierstandorte dar. Wir wollen daher die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften in die Lage versetzen, Kleingewerbe stärker in ihrem Gebäudebestand zu fördern. Um die soziokulturelle Infrastruktur durch Kleingewerbe dauerhaft zu sichern und auszubauen, setzen wir uns auf Bundesebene für die Möglichkeit der Einführung eines **Gewerbemietendeckels** ein. Um Kleingewerbetreibende, soziale und kulturelle Einrichtungen besser vor Kündigung und Mieterhöhungen zu schützen, treten wir im Bund für **neues Gewerbemietrecht** ein.

9) Wie könnten sowohl Veranstaltungsorte, die privatwirtschaftlich als KMU betrieben werden, als auch mit bürgerschaftlichem Engagement geführte Vereine bzw. hybride Einrichtungen dauerhaft als soziokulturelle Orte gesichert werden?

Die Berliner SPD setzt sich für die **Schaffung von Kulturschutzgebieten**. Kulturschutz soll als Teil der Erhaltungsordnung (§172 BauGB) eingeführt werden. Eine neue **Baugebietskategorie „Kulturgebiet“** soll eingeführt werden, um bestehende Veranstaltungseinrichtungen für Kunst und Kultur vor Verdrängung zu schützen und die Ansiedlung neuer Einrichtungen auch in Innenstädten zu ermöglichen.

Partizipation, Teilhabe & Diversität

10) Wie wollen Sie künstlerische Selbstverwaltungsstrukturen stärken (z.B. durch Finanzierung von Beratungs- und Geschäftsstellen)? Wie wollen sie die Expertise künstlerischer Verbände, Initiativen und Netzwerke bei kulturpolitischen Entscheidungen einbeziehen?

11) In welchen kulturellen Entscheidungsprozessen sehen Sie eine verbindliche partizipative Teilhabe von Vertretungen der Freien Szene vor? Wie stellen Sie sich diese konkret vor?

Die Berliner SPD setzt sich seit Jahrzehnten für die Stärkung der künstlerischen und kulturellen Selbstverwaltungsstrukturen in verschiedenen Bereichen und mit zahlreichen Formaten. So haben wir beispielsweise mit dem partizipativen Verfahren **Runder Tisch Tanz** haben bundesweit Maßstäbe für eine partizipative und transparente Kulturpolitik im Sinne einer **Cultural Governance** nach dem **Bottom-up-Prinzip** gesetzt. Dieses beispielgebende Projekt haben wir mit dem Engagement des Tanzbüros Berlin, den 19 Mitgliedern des Runden Tisches und der Beteiligung von mehr als 200 Tanzschaffenden getragen. Darauf wollen wir weiter aufbauen und die Berliner Tanzszene über die Konsultationsfunktion hinaus zur kulturpolitischen Mitbestimmung bis hin zur Selbstbestimmung empoweren. Wir werden uns zudem dafür einsetzen, das **Tanzbüro Berlin** als Vermittlungsinstanz zwischen der Tanzszene und der Kulturpolitik stärker in die Beratungsstrukturen der Senatsverwaltung für Kultur einzubinden. Form und Rahmen einer solchen Beteiligung wollen wir künftig im Dialog mit dem Tanzbüro Berlin beraten. Ein weiteres Beispiel ist zudem der **Beratungsausschuss Kunst**, in dem die Interessen bildender Künstler:innen bisher durch eine:n Vertreter:in der Berufsverbände für bildende Künstler:innen in Berlin gesichert wurden. Die Berliner SPD wird sich weiterhin dafür einsetzen, die Freie Szene stärker in die Beratungsstrukturen der Senatsverwaltung für Kultur einzubinden. Form und Rahmen einer solchen Beteiligung wollen wir künftig im Dialog unter anderem mit der Koalition der Freien Szene beraten.

12) Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie das Anliegen der Freien Berliner Kunstszene unterstützen, in der Kulturpolitik aktiv gegen Rechtspopulismus, Rassismus, Klassismus, Sexismus, Ableismus, Ageism und andere Diskriminierungsformen vorzugehen?

Die Berliner Freien trägt seit Jahren dazu bei, Berliner Subkultur(en) zu würdigen, aber auch queeren, afrodeutschen oder (post)migrantischen Künstler:innen mehr Sichtbarkeit im öffentlichen Raum zu verschaffen. Wir werden diesem Engagement gerecht und bauen Förderprogramme mit erweitertem Fokus auf minorisierte Gruppen und anderen Ansätzen wie feministische Performance und dekoloniale Ästhetik weiter aus. Ein möglichst flächendeckendes Kulturangebot – offen für alle – ist das Ziel unserer Kulturpolitik. Projekte wie das Diversitätsbüro **Diversity Arts Culture**, die Aufnahme des Kulturmonitoring-Programms oder auch das Programm „eintrittsfreier Sonntag in Berliner Museen“ zeigen, wie wirksam die sozialdemokratische Teilhabepolitik ist. Diesen Weg der Öffnung kultureller Angebote für die vielfältige Öffentlichkeit in Berlin muss auch für die Theater- und Tanzkunst in Form von kostenlosen Theater- und Tanzangeboten in den Bezirken gelten – insbesondere für Senior:innen, Kinder und Geflüchtete öffnen.

13) Wie stellen Sie Diversität in den Förderstrukturen, künstlerischen Institutionen (vor und hinter der Bühne), in den Verwaltungen und in den Jurys sicher?

Um die Vielstimmigkeit und Pluralität der Berliner Kunst- und Kulturszene in der Beratungsstruktur des Landes widerzuspiegeln, gilt es auf eine gleichberechtigte Repräsentation bisher unterrepräsentierter Gruppen zu achten wie z.B. queerer Künstler:innen, Künstler:innen of Color oder Künstler:innen mit Beeinträchtigung. Auch die Berliner Verwaltung soll Vorbild und Impulsgeber sein. Wir wollen unsere Vorreiterrolle hier weiter ausbauen und mit einer **Diversitätsoffensive** die Berliner Verwaltung weiterentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Migrationsgeschichte gemäß ihres Anteils

an der Berliner Bevölkerung im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen beschäftigt werden, um ihren Anteil auf allen beruflichen Ebenen mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung Berlins abzubilden.

14) Wie wollen Sie Förderinstrumente bzw. den Zugang zu ihnen barrierefrei, inklusiver, multilingualer und entbürokratisierter gestalten? Welche Maßnahmen und Änderungen in den vorhandenen Förderstrukturen und -kommunikation sowie in den Kultureinrichtungen, Spielstätten und Ausstellungsorten halten Sie für notwendig, um eine barrierefreie Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen sowohl auf der Rezipient*innen- als auch auf Produzent*innenebene zu erreichen? Künstler*innen mit Behinderungen benötigen auch geförderte, bezahlbare Arbeitsräume. Welche Vorschläge haben Sie, um diesen Anteil an Räumen zu erhöhen?

Inklusion ist ein zentrales Qualitätsmerkmal unserer sozialdemokratischen Politik für Berlin – dies gilt auch für den Kulturbereich. Unser Anspruch einer sozialdemokratischen Kulturpolitik besteht darin, **kulturelle Bildung, Beteiligung und Betätigung für alle** zu sichern, anstatt soziale Diskrepanzen und gesellschaftliche Ausgrenzungskategorien kulturpolitisch zu festigen. **Wir wollen eine Kultur für alle, mit allen und von allen.** Allen Berliner:innen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Migrationsbiographie, Beeinträchtigung, Religion, sexuellen oder geschlechtlichen Identität, soll ein **geschützter Zugang zu (öffentlichen) Kunst- und Kulturräumen** und **Chancengleichheit für kulturelle Teilhabe** garantiert werden. Die Berliner SPD setzt sich deshalb dafür ein, das kulturelle Angebot in Berlin stärker auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen und insbesondere von Menschen mit Seh- und Hörbehinderungen auszurichten. Dies ist nicht nur unser Anspruch an eine sozialdemokratische Kulturpolitik, die allen Berliner:innen gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am kulturellen Leben der Stadt garantiert, sondern auch unsere Verpflichtung gemäß Artikel 30 der UN-Behindertenrechtskonvention. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, in dieser Legislaturperiode das **Gesetz zur Umsetzung der UN-BRK im Land Berlin** auf den Weg zu bringen. Die Umsetzung in den kulturrelevanten Bereichen wird dementsprechend die Weichen für eine umfassende, inklusive Kulturpolitik für Berlin stellen. Die Berliner SPD misst den vielen Berliner Audiodeskriptionsprogramme eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung einer **inklusiven Kulturpolitik** bei und wird sich daher für eine **langfristige und auskömmliche Förderung von Audiodeskriptionsangeboten in Berliner Bühnen** einsetzen. Wir streben darüber hinaus ein **Kulturfördergesetz für Berlin** an, das der Kunst- und Kulturförderung eine rechtliche und verlässliche Grundlage gibt, eine Neustrukturierung der Fördermaßnahmen vorsieht und das künstlerische Potenzial der Stadt nachhaltig weiterentwickelt. Hierbei werden wir uns dafür einsetzen, **Inklusion und Barrierefreiheit als wichtige Förderkriterien** zu verankern.

Kulturförderung & soziale Absicherung

15) Inwieweit wollen Sie sich auf Bundesebene für eine verbesserte soziale Absicherung und gegen die Altersarmut von (Solo-)Selbstständigen und dabei insbesondere Kunstproduzent*innen einzusetzen (z.B. Arbeitslosenversicherung, Zugang zur Grundrente)?

Künstler:innen müssen mit ihren Gagen und Erlösen neben dem Lebensunterhalt auch Probe-, Atelier- und Aufführungsräume finanzieren und sind oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die Corona-Pandemie hat viele Kunst- und Kulturschaffende in eine existentielle Krise gestürzt. Sie alle in dieser Krise und danach bestmöglich zu unterstützen, wird eine unserer zentralen Aufgaben in den kommenden Jahren sein. Hierzu gehört auch, dass Kulturförderung eine auskömmliche Finanzierung des Lebensunterhalts zum Beispiel durch Mindestgagen und Ausstellungshonorare für freischaffende Künstler:innen sicherstellt.

Auf Bundesebene setzt sich die SPD dafür ein, das System der sozialen Sicherung so weiterzuentwickeln, dass Kunst- und Kulturschaffende (und andere Soloselbständige wie Kulturvermittler:innen) auch in freien und hybriden Beschäftigungsformen besser und vor allem krisenresilient abgesichert sind. Neben der für uns unverhandelbaren Künstlersozialversicherung und den bereits erreichten Verbesserungen in der Renten- und Krankenversicherung geht es vor allem um die **weitere Öffnung der sozialen Sicherungssysteme** einschließlich der Grundsicherung im Alter. Hierfür will die Berliner SPD auf eine entsprechende Nachverbesserung der Grundrente im Bund hinwirken. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung so weit zu einer Arbeitsversicherung weiter entwickeln, dass sie auch der freiwilligen Versicherung gegen Einnahmeausfälle offensteht. Darüber hinaus werden wir die Regelungen für die oftmals unregelmäßig oder nur kurzzeitig befristet Beschäftigten zum Beispiel im Bereich des Films und der Theater vereinfachen, um die soziale Absicherung zu verbessern. Wir werden eine grundsätzliche **Pflicht zur Altersvorsorge** einführen und Selbständige schrittweise in die gesetzliche Rentenversicherung integrieren. Die Mindestbeiträge zur Krankenversicherung für Selbständige haben wir im Bund bereits um mehr als die Hälfte gesenkt. Unser Ziel sind einkommensabhängige Beiträge wie bei abhängig Beschäftigten.

16) Mit welchen konkreten Maßnahmen und Instrumenten wollen Sie die Förderung der Freien Szene stärken und bedarfsgerechter gestalten, um freien Künstler*innen das nachhaltige, langfristige und kontinuierliche künstlerische Arbeiten zu ermöglichen? Welche Perspektiven sehen Sie hierbei für einen substanziellen Ausbau langfristiger Individualförderungen, die auch die Recherche-, Entwicklungs- und Abwicklungsarbeit finanziell angemessen abbilden?

17) Setzen Sie sich für zwingend verbindliche Honoraruntergrenzen für freie Künstler*innen als Förderkriterium in allen Förderungsinstrumenten (Projekte, Ensembles, Einrichtungen) ein?

18) In den letzten Jahren ist die Zahl der Förderanträge stark gestiegen, sodass fast alle Förderinstrumente stark überzeichnet sind. Wie wollen Sie die Fördermittel im nächsten Haushalt anpassen, um diese Situation zu verbessern und in welchem Maß?

19) Wie beurteilen Sie die aktuell praktizierten Verfahren, um Jurys und Beiräte zu besetzen? Welche Ideen und Konzepte haben Sie, um Jurys divers und transparent zu besetzen?

Siehe Antwort auf Frage 13.

20) In welchem Verhältnis steht die Förderung der freien professionellen Künstler*innen zur Förderung der Institutionen? Welchen Anteil sollte die Förderung der freischaffenden Künstler*innen im gesamten Förderetat einnehmen?

21) Welche Änderungen in der Fördersystematik wollen Sie als Lehre aus Corona langfristig und nachhaltig einführen? Inwiefern wollen Sie sich in diesem Zusammenhang auch für Änderungen im Zuwendungs- und Haushaltsrecht einsetzen?

22) Welche Förder- und Hilfsmaßnahmen wollen Sie ergreifen, damit die negativen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie für Freie Künstler*innen und künstlerische Orte abgemildert werden?

Fragen 16, 17, 18, 20, 21 und 22 werden zusammen beantwortet.

Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass die Kultur- und Kunstförderlogik weiterentwickelt werden muss. Wir müssen es auch angesichts der Corona-Pandemie schaffen, sowohl die bestehenden und reichhaltigen kulturellen Infrastrukturen aufrechtzuerhalten als auch die Produktion künstlerischer und kultureller Inhalte zu ermöglichen. Wir wollen eine Weiterentwicklung bestehender Förderlogiken auf Bundesebene hin zu inhaltlich strukturbildenden Maßnahmen und Impulsen. Die SPD strebt deshalb einen Förderansatz an, der die Lebens- und Arbeitsbedingungen von

Künstler:innen stärker in den Blick nimmt und künstlerische Biografien ermöglicht (z.B. durch Basisförderung, Residenzförderung, Langzeitstipendien, Kulturaustauschstipendien etc.), gleichzeitig aber auch eine Einbettung der Künstler:innenförderung in die Strukturförderung in Form von starken Kunstzentren, Ensemblebildungen und kuratierten Kunsteinrichtungen vorsieht. Wir streben deshalb ein **Kulturfördergesetz für Berlin** an, das der Kunst- und Kulturförderung eine **rechtliche und verlässliche Grundlage** gibt, eine **Neustrukturierung der Fördermaßnahmen** vorsieht und das künstlerische Potenzial der Stadt nachhaltig weiterentwickelt. Der Empfehlung des Runden Tisches folgend, das Fördervolumen für Arbeits- und Recherchestipendien für Kunstschaffende anzuheben, hat der Berliner Senat unter Führung der SPD die Mittel für die Stipendienprogramme kontinuierlich aufgestockt und die Zahl der Stipendien deutlich erhöht. Gefördert werden im Jahr 2021 etwa 800 zusätzliche Arbeits- und Recherchestipendien i.H.v. 6,5 Mio. €. Diese positive Entwicklung wollen wir auch in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen.

Die Berliner SPD fordert Mindesthonorare für Solo-Selbstständige z.B. in der Dienstleistungs-, Kultur und Kreativwirtschaft sowie in der Gründer:innenszene. Mit dem „**Berliner Modell**“ und den Empfehlungen auskömmlicher Honoraruntergrenzen und Ausstellungshonorare für öffentlich geförderte Projekte konnten wir in dieser Legislaturperiode bundesweit Maßstäbe für eine auskömmliche Vergütung künstlerischer Leistungen setzen. Darauf wollen wir aufbauen und die Mindesthonorarempfehlungen auf Basis regelmäßiger Evaluierungen entsprechend weiterentwickeln. Denn für uns ist klar: gerade die öffentliche Hand muss Verantwortung übernehmen und Soloselbstständige vor einer Selbstausbeutung schützen – das gilt auch für die Vergütung künstlerischer Produktion. Deshalb setzen wir uns in unserem Landtagswahlprogramm für die Einführung einer **Mindestvergütung für Soloselbstständige bei öffentlichen Aufträgen** ein, darunter sind beispielsweise viele Künstler:innen, Autor:innen und Maler:innen. Auch im Bund setzen wir uns dafür ein, Mindestgagen und Ausstellungshonorare für freischaffende Künstler:innen fest zu etablieren.

23) Wie stellen Sie sicher, dass die Mittel für die Freie Szene im Zuge von möglichen Einsparungen zur Tilgung von Corona-Krediten nicht gekürzt werden? Welche Prioritäten setzen Sie hierbei?

Mit Blick auf die angespannte Haushaltslage nach der Pandemie stellen wir in unserem Landeswahlprogramm klar: **Mit der Berliner SPD wird es kein „Heraussparen“ aus der Krise geben.** Unsere Antwort auf diese Herausforderung ist stattdessen eine **Kulturoffensive**, die eine Anschubfinanzierung über einen Sonderfonds bereitstellt, um zusätzliche Kulturangebote in freien Bühnen, Kultureinrichtungen und anderen Kulturräumen zu ermöglichen – dies gilt auch für barrierefreie Kulturangebote. Durch die Pandemie und die damit verbundenen Kontaktbeschränkungen ist Berlin als Kulturmetropole schwer getroffen. Um der Kultur-, Kreativ- und Digitalwirtschaft zügig und effektiv auf die Beine zu helfen, setzt die Berliner SPD sowohl auf kulturpolitische Förderung als auch auf wirtschaftspolitische Wiederaufbaumaßnahmen: Die Förderung der Kulturwirtschaft ist eine von vier Branchen, die wir mit dem **Zukunftsprogramm „Neustart Berlin“** gezielt unterstützen wollen, um die wirtschaftlichen Folgen der Krise zu bewältigen. Dazu zählen etwa ein Kulturgutschein für Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren über 100 Euro, eine Stärkung der Branche mit Werbekostenzuschüssen und die Stärkung der dezentralen Kulturarbeit in den Bezirken.

24) Wie wollen Sie die bezirkliche Kulturförderung auch in den Randbezirken stärken?

25) Wie wollen Sie bewirken, dass zukünftig mehr künstlerische Interventionen im öffentlichen Raum aller Bezirke stattfinden? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dabei Genehmigungsverfahren vereinfachen?

Fragen 24 und 25 werden zusammen beantwortet.

Kultur muss zugänglich, bezahlbar und wohnortnah bleiben. Wir setzen uns daher für die chancengleiche Teilhabe aller Berliner:innen an öffentlich geförderten Kulturangeboten ein. Wir behalten dabei alle Berliner Stadtteile im Blick und sorgen dafür, dass die Berliner:innen auch an ihrem unmittelbaren Wohnort von kulturellen Angeboten profitieren können. Hierfür räumen wir dem kulturellen Angebot in den Bezirken eine starke Rolle ein. Diese leisten unverzichtbare Arbeit für **eine flächendeckende kulturelle Versorgung**. Die Berliner SPD wird daher die bezirkliche Kulturpolitik weiter ausbauen und gemeinsam mit den Kulturverantwortlichen in den Bezirken neue Wege für eine gesicherte Kulturförderung entwickeln u.a. mittels eines Kulturfördergesetzes.

26) Wie stehen Sie zur Idee, ein Kulturfördergesetz für Berlin auf den Weg zu bringen? Wo sehen Sie Chancen und wo Risiken? Welche verbindlichen Standards und Vorgaben in einem Kulturfördergesetz wären Ihnen wichtig?

Für die Berliner SPD ist die Förderung von Kunst- und Kulturförderung kein Projekt auf Zeit, sondern eine Daueraufgabe und Teil der kulturellen Daseinsvorsorge. Deshalb streben wir ein **Kulturfördergesetz für Berlin** an, das der Kunst- und Kulturförderung eine rechtliche und verlässliche Grundlage gibt, eine Neustrukturierung der Fördermaßnahmen vorsieht und das künstlerische Potenzial der Stadt nachhaltig weiterentwickelt. Dies würde sowohl den professionell arbeitenden Künstler:innen und Kurator:innen als auch den künstlerischen bzw. kuratorischen Gruppen im Bereich Bildende Kunst zugutekommen.

27) Der Vereinbarkeit von Elternschaft und künstlerischer Produktion wird im Kunstbetrieb und in den Fördertableaus immer noch kaum Rechnung getragen. Künstler*innen mit Kindern haben es besonders schwer, Arbeits-, Produktions- und Präsentationsbedingungen vorzufinden, die ihren Belangen gerecht werden.

28) Welche Maßnahmen werden Sie umsetzen, um Abhilfe zu schaffen? Setzen Sie sich für Mutterschaftsstipendien ein, für familienfreundliche Aufenthaltsstipendien in Berlin oder einem Unterstützungsfonds für freie Veranstalter*innen, die es ermöglichen Autor*innen Betreuungsangebote für deren Kinder anzubieten?

Fragen 27 und 28 werden zusammen beantwortet.

Das Thema Mutter- und Elternschaft sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird im Kultur- und Kunstbetrieb noch selten thematisiert und findet bisher in den Förderprogrammen wenig Beachtung – in einer Berufsbranche, die stark von unkonventionellen Arbeitsmodellen geprägt ist und regelmäßige Nacht- und Wochenendarbeitszeiten voraussetzt. Insbesondere kunstschaffende Mütter aus der freien Szene sind überproportional von der Doppelbelastung durch Sorgearbeit und prekäre Arbeitsbedingungen betroffen. Die Berliner SPD hat diese Problematik erkannt und setzt sich sowohl sozial- als auch kulturpolitisch dafür ein, **kunstschaffende Eltern zu entlasten** und stärker auf ihre Bedürfnisse einzugehen. Einerseits wollen wir an der Kunstförderung ansetzen und die Zuwendungsfähigkeit zusätzlicher Kinderbetreuungskosten in öffentlich geförderten Kunstprojekten und Residenzstipendien prüfen. Auch öffentliche Förderprogramme sollten mehr Kontingente für Künstler:innen mit Familienverantwortung anwenden und dies in der Ausschreibungspraxis hervorheben, um Künstlerinnen gezielt anzusprechen. Andererseits werden wir weiterhin alle sozialen

Angebote stärken, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern: Wir stehen für gute, kostenlose, bedarfsgerechte und inklusive Kinderbetreuung. Mit dem Programm „MoKiS“ bietet Berlin auf Initiative der SPD einen öffentlich geförderten **„Mobilen Kinderbetreuungsservice“ für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten**. Wir schließen an diesem Erfolg an und wollen die **flexible Kinderbetreuung für Alleinerziehende und für Eltern, die im Schichtbetrieb arbeiten**, weiter ausbauen. Zudem werden wir ein besseres Verfahren bei der Vergabe von Kitaplätzen schaffen und unterstützen Lösungen für die Entwicklung und den Ausbau einer **Online-Platzvergabe für die Kindertagesbetreuung**. Viele Kunstschaaffende mit Familienverantwortung stoßen beim Wiedereinstieg in den Kunstbetrieb auf Hürden. Ihnen wollen wir den Wiedereinstieg nachhaltig erleichtern. Hierfür müssen die bisherigen Maßnahmen zu familienorientierten Personalstrategien auf Freiberufler ausgeweitet werden. Dazu gehören etwa eine kostenfreie Beratung zu Elternzeit und Pflege von Angehörigen sowie kostenfreie Maßnahmen zum Qualifikationserhalt und zur Rückkehr in den Beruf. **Ganztagsbetreuung in der Schule** gibt es in Berlin seit vielen Jahren. Dieses Angebot soll in den nächsten Jahren mit einer **Qualitätsoffensive im Ganzttag** qualitativ weiterentwickelt werden. Wir intensivieren zudem den Dialog mit der Berliner Kreativ- und Veranstaltungswirtschaft, um die **Familienfreundlichkeit im privaten Kunstbetrieb** zu stärken.

Transparenz

29) In welchen Bereichen der Berliner Kulturpolitik fordern Sie mehr Transparenz und welche konkreten Maßnahmen hierfür schlagen Sie vor?

30) Setzen Sie für einen neuen Kulturförderbericht ein, der gemeinsam mit Akteur*innen aus Kunst und Kultur (inkl. der Freien Szene) erstellt wird?

31) Inwiefern setzen Sie sich für den Ausbau und die Stärkung der knappen Verwaltungsstruktur ein, um unsere Forderungen gemeinsam und nachhaltig umsetzen zu können?

Überall dort wo die SPD Verantwortung trägt, wollen wir mehr Transparenz in allen Bereich des politischen Geschäft – dies gilt auch für den kulturpolitischen Bereich. Wir haben nicht nur das Lobbyregister im Bund erkämpft, sondern in dieser Legislaturperiode auch das Lobbyregister für Berlin auf den Weg gebracht. Das Gesetz sieht einen legislativen und exekutiven Fußabdruck vor, um den Einfluss von Lobbyist:innen in Gesetzesentwürfen sichtbar und für die Berliner:innen nachvollziehbar zu machen.

CityTax

32) Was ist Ihre Position zu der Verwendung der Mittel aus der City Tax und wie wollen Sie Transparenz in der Verwendung der City Tax-Mittel sicherstellen?

33) Wie stehen Sie zu der Forderung der Freien Szene von 50% der Einnahmen aus der City Tax und wie würden sie diese umsetzen?

Fragen 32 und 33 werden zusammen beantwortet.

Damit auch Tourist:innen einen kleinen Beitrag zur Attraktivität Berlins leisten, hat die SPD die City Tax auf private Hotelübernachtungen durchgesetzt. Insbesondere die Berliner Kunst- und Kulturszene hat an der Einführung der City Tax einen maßgeblichen Anteil gehabt. Heute hat sich die City Tax als Berliner Erfolgsmodell bewährt: Dank der Übernachtungssteuer fließen jedes Jahr zweistellige Millionensummen in die Landeskasse, die allen Berliner:innen zugutekommen, auch denen, die in Kunst und Kultur tätig sind. Die Berliner SPD wird sich dafür einsetzen, mehr Mittel aus der City Tax in den Kulturhaushalt zu überführen und durch die parlamentarische Kontroll- und Juryinstrumente mehr Transparenz beim Mitteleinsatz schaffen.